

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 10,40.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltigen Zeitzeile oder deren Raum 5 M.,
für Versammlungsanzeigen 2 M. pro Zeile.

Elfter Gewerkschaftskongress in Leipzig.

Ungefähr 700 Delegierte sind in Leipzig eingetroffen, dazu etwa 50 in- und ausländische Gäste, so daß der große Festsaal des Zoologischen Gartens fast zu klein ist für die Teilnehmer. Die Gewerkschaften Englands, Frankreichs, Belgien, die skandinavischen Länder, die Schweiz, Deutschland, Ungarn, die Niederlande, Polen, Luxemburg, der internationale Gewerkschaftsbund haben Vertreter gesandt. Ferner sind 7 Vertreter des Afa-Bundes anwesend, Reichswirtschaftsminister Rob. Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, preussischer Handelsminister Siering, dazu die sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsminister Ristau und Hellisch. Vom Rat der Stadt Leipzig ist Stadtrat Dieke anwesend. Weiter sind noch eine Reihe Abgeordneter von Wirtschafts- und sozialpolitischen Organisationen zugegen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Genosse Leipart, Berlin, eröffnet gegen 9 Uhr den Kongress mit einer herzlichsten Begrüßung auf Carl Legien, die die Delegierten stehend anhören. In seinen Nachruf bezieht Leipart ferner Brinmann, Schrader, Hué, Staudinger und andere ein, die seit 1919 abberufen worden sind. Dann gibt er einen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften seit 1892 in Halberstadt, schildert die besonderen Aufgaben der Leipziger Tagung und mahnt zur Einigkeit im Interesse der Arbeiterklasse.

Im Namen der Leipziger Arbeiterschaft begrüßt Schilling, Leipzig, den Kongress. Er überbringt die herzlichsten Wünsche der gesamten Arbeiterschaft.

Im Namen der Stadt Leipzig begrüßt Stadtrat Dieke den Kongress; nach ihm sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Er hielt eine Art Programmrede, in der er etwa ausführte: Im Namen der Reichsregierung begrüße ich den 11. Kongress des ADGB und wünsche seinen Beratungen einen guten Verlauf und besten Erfolg. Insbesondere ist das von mir vertretene Reichsarbeitsministerium an den Verhandlungen des Kongresses interessiert. Überall, wo gewerkschaftliche Grundzüge in Frage kommen, gehen wir ein, und allzeit haben wir zusammenarbeiten können auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens. Ich wünsche und hoffe, daß es fernerhin so bleiben wird, solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten ausharren muß. Auch die gesamte Reichsregierung nimmt warmen Anteil an Ihren Beratungen. Sie ist sich der großen Bedeutung der Gewerkschaften für das Staatsleben bewußt. Als erste wichtige Aufgabe betrachte ich die gewerkschaftliche Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. Ich begrüße es aufrichtig, daß es dem ADGB gelungen ist, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in seinen eigenen Reihen die gewerkschaftliche Geschlossenheit zu wahren. Ich gebe mich der zuberstehenden Hoffnung hin, daß die freien Gewerkschaften sich der großen Verantwortung, die mit der Lösung dieser Fragen verbunden ist, voll bewußt sind. Wie dem Staate gegenüber, so hat sich auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeitgebererschaft grundlegend geändert. Es kann nicht geleugnet werden, daß einzelne Arbeitgebergruppen, die sich unmittelbar nach der Staatsumwälzung und angesichts der Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsgedanken abfinden, heute versuchen, den an die Arbeitnehmererschaft verlorenen Boden wiederzugewinnen, ein Bestreben, das hier und da schon wieder bis zur Verneinung des Gewerkschaftsgedankens geführt hat. Vorübergehend schien die gelbe Bewegung überwunden und der rein gewerkschaftliche Gedanke das Feld zu beherrschen. Heute taucht die gelbe Idee, wenn auch in anderer Begründung und in anderer Form erneut auf. Heute wird die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert.

Es sprachen noch Begrüßungsworte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sächsischer Minister Ristau, vom internationalen Gewerkschaftsbund Jimmen, Holland, der von 18 Millionen außerdeutscher Gewerkschaftsmitglieder Grüße überbringt. Seine Worte klingen in einen ersten Appell aus: Ein neuer Geist ist in die Arbeiterschaft gezogen, wir wissen, es geht um's Ganze. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht dem Kapitalismus gegenüber erfüllen.

Dann sprachen die auswärtigen Gäste: Hueber (Österreich), De Blaeynk (Belgien), Walker (England), Johansen (Stockholm), S. Jafei (Rudapest), Zulawski (Warschau) und andere, die sämtlich lebhaften Beifall ernten; besonders treffliche Ausführungen machte Walker. Er sagte, daß sie es fast sind, die vielen Beratungen der Regierungen mit anzusehen. Mehr als 10 Millionen Proletarier sind in England ohne Arbeit und Brot. Wir haben keinen Haß gegen Deutschland, wir wollen im friedlichen Wettstreit die Menschheit vorwärts bringen. Der Achtstundentag muß für uns unantastbar bleiben.

Aufhäuser vom Afa-Bund sprach die herzlichsten Grüße im Namen der freigewerkschaftlichen Angestellten aus. Hoffmann, Hamburg, sprach für den Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Dann konnte in die Wahl des Präsidiums eingetreten werden. Vorgesprochen werden: Leipart, Reichelt (Metallarbeiter), Paepow (Bauarbeiter). Gegen starke Minderheiten werden diese gewählt.

Ein Antrag auf 9 Schriftführer wird abgelehnt. Gewählt werden folgende 6 Genossen: Sad (Fabrikarbeiter), Faß (Landarbeiter), Reichel (Textilarbeiter), Rudolph (Transportarbeiter), Wirth (Eisenbahner), Ruhn (Schuhmacher).

Zu besonders erregten Debatten kommt es bei der Festsetzung der Geschäftsordnung. Ein Antrag, der bei namentlicher Abstimmung die Unterstützung von 100 statt 50 Delegierten fordert, findet lebhaften Widerspruch. Dikmann warnt vor dieser „Republikanika“, die Metallarbeiter seien dafür nicht zu haben. 335 Stimmen erklären sich für die Zahl 100, 304 sind dagegen.

Die Mandatsprüfungskommission wird ohne Widerspruch gewählt. Dann werden 21 Mitglieder bestimmt, die die Vorberatung der Anträge übertragen bekommen. Hierbei wird ein Antrag abgelehnt, 2 kommunistische Vertreter noch dazu zu wählen, da nicht nach Parteizugehörigkeit entschieden werden soll. Damit sind das Bureau und die Kommissionen gebildet.

Zur Tagesordnung wird verlangt vom Verbandsvorstand der Dachdecker und einigen andern Vertretern, die 10 Forderungen des ADGB vom November 1921 sowie die Sachverfassung besonders zu behandeln.

Ein Antrag verlangt, als ersten Punkt den Kampf gegen die Reaktion auf die Tagesordnung zu setzen; ferner liegen Anträge vor, Wirtschaftsprüfung, den Preiswucher, die Jugendarbeit, die Taktik der Gewerkschaften in Lohnkämpfen, Klassenkampf und Koalition zu behandeln, ebenso den Achtstundentag. Alle Anträge werden abgelehnt; zum Achtstundentag gibt Vorsitzender Reichel die beifällig aufgenommene Erklärung ab, daß der Achtstundentag ein heiliges, unverletzliches Recht ist, ihn nehmen, würde schärfste Kämpfe entfachen. Hand weg vom Achtstundentag.

Zu Punkt 4 und 5, Organisationsformen und Arbeitsgemeinschaften, werden Dikmann und Simon als Korreferenten benannt und gewählt; weitergehende Wünsche zu Korreferaten werden abgelehnt.

Kunmehr beginnt Leipart seinen Bericht mit einem Gedanken der oberschlesischen Mitglieder, die von uns gerufen worden sind. Er entbietet ihnen brüderlichen Abschiedsgruß, nachdem sie vergeblich mit dem Stimmzettel gekämpft haben. Dann berichtet er über den Eisenbahnerstreik, wobei der Bundesvorstand von Anfang an Solidarität angeboten habe, die aber abgelehnt worden sei. Mit den Beamtenengewerkschaften unserer Richtung haben wir dann weitere Versuche gemacht, auch das lehnte der Beamtenbund ab. Ohne jede Verständigung mit den freien Eisenbahnern, mit uns, traten sie in den Streik. Es ist etwas anderes, ob die Metallarbeiter oder die Eisenbahner streiken, die alle Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Das war die größte Mißachtung. Sie haben das Streikrecht der Eisenbahner gefährdet. Freilich haben die Eisenbahner viele Gründe, die ihr Vorgehen entschuldigen und das Urteil über sie mildern. Große Not war es, was sie in den Streik trieb.

Der Achtstundentag gilt als unantastbar; Angriffe gegen den Achtstundentag werden wir abzuwehren wissen, das versichern wir auch den auswärtigen Gewerkschaften. Neuerdings wird von „schematischer Anwendung“ des Achtstundentages gesprochen, auch von eigenen Genossen. Das ist sehr ungesund. Aber es hat schon immer Zweifler gegeben, ihre „Weisheit“ ist keine volkswirtschaftliche Weisheit, sondern ein Mangel an Verständnis für Arbeiterinteressen. Wir haben nie schematisiert; denken wir an die Landarbeiter, die Eisenbahner usw. Unsere Verpflichtungen an Reparationen müssen mit dem Achtstundentag in Einklang gebracht werden. Auch das Vorgehen gegen die 46-Stundenwoche ist ein Kampf gegen den Achtstundentag. Wir wehren uns dagegen entschieden, denn die 46-Stundenwoche hat regelmäßig bestimmte örtliche Zweckbestimmung.

Ueber die 10 Punkte gab Leipart längere Erklärungen ab. Die Kritiker sind sich wohl einig, daß die 10 Punkte sachlich begründet, aber heute und morgen noch nicht durchzuführen sind. Es ist Zielarbeit über den Tag hinaus, ein Programm. Es war eine Antwort an die Unternehmer, die die Verlegenheit der Regierung auszunutzen gedachte, indem sie sich für etwaige Anleihen die Reichsbetriebe verschaffen lassen wollten. Die 10 Punkte haben dem Reichstag das Gewissen geschärft und so viel Böses

verhütet. Die Beseitigung der staatlichen und kommunalen Betriebe hat im Unternehmerlager viele Freunde; sorgen wir dafür, daß die von ihnen angeführten Gründe wegfallen. Zu Aktionen, zu Kämpfen, konnten wir die Arbeiter nicht auffordern, dafür war die Situation nicht reif. Ob man ein Volksbegehren deswegen anregt, darüber kann man reden. Es wäre eine Tat, wenn wir einen Weg fänden, die Einigkeit dadurch zu finden.

Wir kümmern uns so wenig wie möglich um die Politik, wir wollen keine Uneinigkeit in die Gewerkschaften tragen. Eigene Verantwortung der Parteien zieht von selbst Grenzen. Es ist ein großes Vertrauen zu unserer Kraft, wenn man uns da weiter treiben will. Mit warmen Worten für die Sache der Gewerkschaften schließt Leipart seinen Bericht.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit einer Begrüßungsrede des französischen Gewerkschaftsführers Jouhaux, der die deutschen Gewerkschaften als Grundlage für den Frieden bezeichnet. Er arbeite seit 2 Jahren an einer Wiederberufung — nur die Zusammenarbeit der Arbeiter kann uns retten, die Gewerkschaften aller Länder müssen sich einigen. Es lebe die Gemeinschaft aller Länder!

Nachdem Vorsitzender Reichelt herzlich gedankt hat, wird die Aussprache über den Geschäftsbericht eröffnet. Gemäß dem gestrigen Beschluß erhalten die Sprecher der 8 Richtungen 1 Stunde Redezeit. Als erster Redner nimmt Walcher, Berlin, das Wort. Er beginnt mit einer Schilderung der Lebenshaltung der Arbeiter, spricht über das ungenügende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, das Wüten der Reaktionäre und der Klassenjustiz. Der Bund ist riesenhaft gewachsen, damit seine politische Bedeutung. Ohne ihn kann nicht regiert werden, gegen ihn noch weniger. Trotzdem hat das Unternehmertum an Boden gewonnen, weil der Bund eine falsche Taktik geübt hat. Mit den Arbeitsgemeinschaften hat er eine schiefe Bahn betreten. Die Betriebsräte sind Beschwichigungsräte geworden, der Bund liebäugelt mit der Regierung. Die „Betriebsräte-Zeitung“ wird von den Unternehmern gelobt. Wo soll das hinaus? Wir dürfen auch nicht zu sehr der Erfüllungspolitik Rechnung tragen. Mit starken Worten kritisiert Redner das Nachgeben in den 10 Punkten. Das waren Forderungen, die nicht den Kommunismus, nicht einmal den Sozialismus gebracht hätten, trotzdem hat der Bund keine Schritte dafür getan. Umreißt Haltung in der Frage der Schlichtungsordnung ist unverständlich. Die Arbeitslosenfürsorge hat der Bund ebenfalls verkehrt behandelt, er hat den Grundgedanken der Arbeitslosenversicherung an die Stelle der Fürsorge gesetzt. Das war grundfalsch. Ich freue mich, daß wenigstens der Afa-Bund hier den Warner gespielt hat. Der Eisenbahnerstreik ist nicht plötzlich ausgebrochen. Die Eisenbahner haben monatelang vorher verhandelt. Gewiß war der Streik taktisch nicht klug. Aber das durfte den Bundesvorstand nicht dazu bringen, zum Streikbruch aufzufordern. (Widerpruch.) Der Beamte muß das Streikrecht haben — der Bundesvorstand ist darüber noch nicht mit sich einig. Auch international hat der Bund verjagt. Die Gewerkschaftsführer überschätzen die Kraft des Kapitals und unterschätzen die eigene. (Lebhafter Widerspruch.) Sie verrennen sich in eine Sackgasse. Kein Wunder, daß die Regierung mit den Gewerkschaften zufrieden ist. Die Gefühle der Arbeiter sind anders; sie wollen Abschaffung des kapitalistischen Systems, wie es Kautsky, wie es Hué gefordert haben.

Dikmann (Metallarbeiter): Wir erkennen manche Arbeiten im Bund an, es ist vieles nach bestem Können des einzelnen geleistet worden. Trotzdem sind wir mit vielem nicht zufrieden; wir müssen sachlich kritisieren. Unser Ziel ist der Sozialismus, wie können wir dafür die Kräfte mobil machen? Seit Nürnberg hat sich gezeigt, wie recht wir dort mit der Kritik hatten. Wir haben vor den Arbeitsgemeinschaften gewarnt, überhaupt gegen Volksgemeinschaften, die Arbeiterinteressen schädigen. Das selbe gilt von der Koalitionspolitik. Wir stehen heute auf der ganzen Linie in der Defensive, Schritt für Schritt will man uns zurückdrängen. Das Tarifrecht, der Tarifgedanke wird von den Unternehmern als Fessel empfunden. Der Eisenbahnerstreik mußte als Kampf gegen das Koalitionsrecht trotz Mängel in der Vorbereitung unterstellt werden. Die Haltung des Bundes und der Afa wird verkehrt. Wir haben das Koalitionsrecht für alle zu verlangen. Die Klassenjustiz ist geblieben, die soziale Rechtsprechung wird immer unternehmerfreundlicher. Die Maschinen des Betriebsrätegesetzes werden von der Rechtsprechung geradezu mißbraucht. Eingehend polemisiert Dikmann gegen die Schlichtungsordnung, besonders gegen den § 55 und die Haltung Umreißts im vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Hier hat wenigstens der Bundesausschuß das Schlimmste

berhütet. Die Technische Nothilfe wird nicht nur durch Streiks in Gemeinde- oder Staatsbetrieben gefördert, sie ist ein Instrument der Reaktion, die sich auch gegen die Arbeiter wendet. In der Arbeitslosenversicherung daselbe Bild, die Versicherung wurde der Fürsorge vorgezogen. Die Sozialisierung ist auf „statistische Arbeiten“ zurückzuführen. Natürlich, wer in Arbeitsgemeinschaften sitzt, kann nicht schieblich-friedlich mit dem Kapitalismus zur Sozialisierung kommen. Auch mit den Bauhütten allein ist keine Sozialisierung des Wohnungswesens möglich, wenn wir nicht beim Grund und Boden beginnen. Ditzmann polemisiert dann gegen die Ernährungspolitik, gegen den Rohstoffwucher, die Preissteigerungen usw. Dies alles kann nicht in Arbeitsgemeinschaften bekämpft werden, auch nicht durch Festreden beim Stapellauf „Carl Legiens“. Die 10 Forderungen des ADGB waren den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Es ist aber nichts dafür geschehen. Die 10 Punkte müssen durchgesetzt werden, wenn auch nicht alles auf einmal. Wir müssen uns einstellen auf die gemeinsamen Interessen des Volkes. Die Arbeit der Internationale ist ein Akkordposten, über den wir uns freuen können. Auch die Kommunisten hätten Ursache, sich darüber zu freuen, was zum Beispiel in Rom beschlossen worden ist. Rom ist ein Lichtpunkt, die deutschen Gewerkschaften müssen sich dahinterstellen. Wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe wie die Kommunisten, das Haus, in dem wir arbeiten, immer zu befriedeln. Wir wollen auch unterstreichen, was uns eint. In manchen Dingen möchte der Vorstand weitergehen, aber vom Bundesauschuss wird er hier und da gehemmt. Kämpfen wir vereint gegen rechts, gegen die Selben, gegen Streikbrechergarden usw. Gewerkschaftsarbeit und Politik sind nicht zu trennen. Wir brauchen Einheit im Wollen und in Kämpfen.

Breth, Hannover: Der vorgelegte Bericht des ADGB gibt kein Bild der gesamten Arbeit, kein Bild von den Schwierigkeiten. Wir haben Grund, allen zu danken, die mitgearbeitet haben. Ich rede nicht für eine Richtung, ich rede als Gewerkschafter. Auch wenn ich SPD, oder USV wäre, würde ich keine andere Taktik einschlagen. Ich frage mich, wieweit reichen unsere Kräfte? Diese so auszunutzen, wie wir können, ist wirklicher Klassenkampf. Auch wer stärker redet, hat nur die Kampfmittel wie wir. Kein Bundesvorstand könnte es allen Richtungen recht machen. Ich kenne keinen freien Gewerkschafter, der nicht als Sozialist den Kapitalismus beseitigen möchte. Die Voraussetzungen fehlen noch. Die Welt als Rohstoffquelle ist für Deutschland nötig, sie kann weder durch Glauben noch Mut usw. ersetzt werden. Der Glaube an unsern Sieg verfehlt keine Berge, schafft keine Rohstoffe. Die Welt als Werkstoff ist zerfallen und zertrümmert. Als Absatzmarkt ist es nicht besser. Diese Voraussetzungen sind also nicht da, das sind wichtige Erwägungen, wenn es gilt, dem Sozialismus Wege zu weisen. Eine sozialistische Insel ist denkbar für einen fähigen Nobellisten, aber nicht für uns. Es fehlt heute noch an den ökonomischen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus. Sinnlos ist kein Beweis. Es gibt nicht nur Konzentrationen aus Kapitalüberfüllung, sondern auch aus Mangel an Kapital, um Sicherungen zu treffen, um die Konkurrenz zu organisieren. Auch Rohstoffknappheit war schon Grund für Konzernbildung. Wir haben zweimal 10 Punkte gehabt; die ersten befaßten sich mit der Arbeitslosigkeit. Auch da wurde schon geschimpft, obgleich wir früher schlimmere Krisen hatten. Sollten wir es deshalb zum Generalstreik, zum Bürgerkrieg kommen lassen? Auch zu den zweiten 10 Punkten haben wir aus stichhaltigen Gründen die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht anwenden können. Als guter Sozialist glaube ich an den Sozialismus. Aber er kommt nicht von heute auf morgen. Von 13 Millionen Arbeitern in der Industrie haben wir kaum 8 Millionen organisiert, darunter 5 Millionen, die noch bis 1914 nicht den Mut hatten, sich zu organisieren. Brey geht auf die Schlichtungsordnung ein. Ein unbegrenztes Streikrecht gibt es nirgends auf der Welt. Denken wir an Rußland, dort hat am 17. Februar 1922 der Allrussische Gewerkschaftsbund beschlossen, daß Lohnkampf und Streik für eine gewisse Zeit zurückzustellen sind, selbst in der Privatindustrie. Solange die Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen, ist das Spiel mit ihm Verrat am Sozialismus. Rußland ist ein Beweis dafür, wo jetzt ausländische Kapitalisten die Produktion ins Werk setzen. Von Rechten für Beamte, Angestellten, Arbeitern zum Streik finden Sie in Rußland keine Spur. Die Volkswirtschaftler sozialdemokratischer Art, die gegen den Achtstundentag geschrieben haben, hat keine Partei gebildet. Man kann aber niemand verhindern, dummes Zeug zu reden. Brey geht auf den Eisenbahnstreik ein. Die Beamten machen Anspruch auf Lebensstellung und Pension, wollen aber auch die Konjunktur ausnützen. Wir wollen ihnen gern helfen, aber so geht es nicht, wie die Eisenbahner es wollten. In welchem Lande ist schon einmal das Streikrecht für Beamte größer gewesen als bei uns? Ueber die Arbeitsgemeinschaften entscheiden die Verbände, nicht der Kongreß. Auch die Metallarbeiter sitzen im Eisenwirtschaftsbund mit Stinnes und Stinnesgenossen zusammen, ebenso in den Außenhandelsstellen. Ist das nicht auch „Sünde gegen den Klassenkampf“? Der Bund verdient den Tadel nicht, den er bekommen hat, seine Taktik ist richtig. Der Weg war richtig, er ist Vorbereitung zum Sozialismus. Gehen wir diese Straße, um uns vor Enttäuschungen zu bewahren.

In der Nachmittagsitzung gibt die Mandatsprüfungskommission Bericht. Danach sind 682 Delegierte, die 7574 825 Mitglieder vertreten, anwesend. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt.

Dann wird die Aussprache über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Genossin Haber, Berlin, begründet einen von den Kommunisten vorgelegten Antrag zur Frauenfrage.

Paepelow, Bauarbeiterverband, begründet dann folgenden Antrag zur Wohnungsfrage: „Der 11. Kongreß des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand nachdrücklich Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffherzeugung und Baustoffbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einzelne Gewerkschaften aus eigenem Antrieb heraus Einfluß auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Pro-

duktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlich tätiger Betriebe gefördert haben.

Der 11. Kongreß des ADGB beauftragt den Bundesvorstand,

1. die von ihm eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen, wenn nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergriffen werden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen.“

Paepelow gibt ein treffendes Bild über die Lage auf dem Baumarkt, schildert die Konzernbildung in der Baustoffindustrie und fordert alle Gewerkschaften auf, sich an der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens zu beteiligen. **König, Halle, Weber, Remscheid, und Orlopp, Essen,** polemisieren gegen die Tätigkeit des Bundesvorstandes. **Kohler, Berlin (Eisenbahnerverband),** bezeichnet die Stellungnahme des ADGB zum Eisenbahnstreik als durchaus korrekt. Ferner erörtert er das Streikrecht der Beamten. Ihre Lebenshaltung sei sehr schlecht. Naube man ihnen das Streikrecht, so würde sie das schwer schädigen. Auf Antrag **Husemann** und Genossen wird die Aussprache geschlossen.

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages hält **Leipart** sein Schlusswort. Er dankt Brey für seine anerkennenden Worte. Ich hätte gewünscht, die Gegner wären mit Gründen gekommen, die mir mehr Kopfschmerzen gemacht hätten. Die unvernünftige kommunistische Agitation hat der Arbeiterschaft das Vertrauen zu den Gewerkschaften genommen. Unsere Politik bewegt sich in grader Linie, die immer wieder von den Kongressen gebilligt worden ist. Die große Masse der Arbeiter stellt sich unter Kampf etwas anderes vor, als alle 24 Stunden einen Generalstreik; sie will die geistige Aufklärung, um die Rüsse zu revolutionieren. Zur Redaktion der „Betriebsräte-Zeitung“ sage ich, daß wir nicht alles billigen, aber die „Betriebsräte-Zeitung“ ist kein Agitationsblatt. Sie muß praktische Aufgaben lösen. Damit hat sich Dr. Striemer gut abgefunden, wir schulden ihm Dank. Als einzigen „neuen Weg“ haben die Kommunisten aktive Betätigung der Massen vorgeschlagen. Wenn diese nur nicht so oft verlagten. Die Rede Ditzmanns habe ich bedauert. Er hat verschwiegen, wie oft wir und wie ernst wir uns über die 10 Punkte auseinandergesetzt haben. Auch er hat damals nicht den Mut gehabt, zu empfehlen, die Ultima ratio anzuwenden. Unsere Politik in Gegensatz zum Afa-Bund zu bringen, ist sehr gewagt; ich wünschte nur, Ditzmann wäre in der Gewerkschaftspolitik so mit uns einig, wie wir es mit Aufhäuser sind. Ditzmanns Kritik ist der Ausfluß seiner ewigen Rücksichtnahme auf die USV-Politik. Zum Schluß beipricht Leipart die vorliegenden Entschlüsse, wobei er sich unter Beifall des Kongresses gegen die kommunistischen Entschlüsse wendet, die jeden praktischen Bild vermissen lassen.

Es folgen die Abstimmungen; vorher gibt **Simon, Nürnberg,** die Erklärung ab, daß sie für die kommunistische Resolution nicht stimmen, dabei solle nicht gesagt sein, daß sie den Vorstand für alle Beschlüsse Entlastung erteilen.

Breth, Hannover, betont, daß die Ablehnung des Mißtrauensvotums Vertrauen bedeutet. Er beantragt aber ausdrücklich, dem Vorstand für seine Gesamttätigkeit das Vertrauen auszusprechen.

Einstimmig wird der folgende Antrag angenommen: „Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB und der Afa im November 1921 aufgestellten 10 Forderungen zu eigen. Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen beim den zwischen den Koalitionsparteien unter Einfluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten 10 Punkte ein realisiertes und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann. Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.“

Vorsitzender **Reichelt** begrüßt die Einstimmigkeit; sie wird den weiteren Beschlüssen dienlich sein.

Nachdem **Spreberg, Berlin,** den Bericht der Redaktionskommission erstattet hat, werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt gegen etwa 70 Stimmen.

Die Resolution der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz wird einstimmig angenommen; ferner wird eine Entschließung zur Friedensfrage angenommen. Einstimmig findet folgender Antrag zur Steuerfrage Annahme:

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen:

1. Eine Erhöhung der Werbungskosten beim Steuerabzug;
2. eine Herabsetzung des zehnprozentigen Einkommensteuersatzes von 60 000 auf 100 000 M;
3. eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens.“

Die Entschließung zur Wohnungsfrage und zur Brotversorgung werden einstimmig angenommen. Die Entschließung zur Freilassung politischer Gefangenen wird angenommen; ebenso eine Entschließung, die die Freilassung der russischen Sozialrevolutionäre fordert. Mit übergroßer Mehrheit wird dem Bundesvorstand das Vertrauen ausgesprochen.

Zur Maifeier wird gegen 2 Stimmen beschlossen, die Arbeitsruhe in allen Ländern als würdigste Form zu empfehlen und die Einigkeit der Arbeiterschaft herbeizuführen, um auch andere Forderungen durchzusetzen, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen. Einige Anträge, durch die dem Dr. Striemer, als dem Schriftleiter der „Betriebsräte-Zeitung“, sowie der Schriftleitung des „Correspondenzblattes“ ein Mißtrauen ausgesprochen werden soll, lehnt der Kongreß ab. Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. (Schluß folgt.)

Die Gewerkschaften für wirksamen Schuß der Republik.

Der Nord an dem Außenminister Waltherr Rathenau in Berlin, der einen neuen Angriff auf den Bestand der Republik bedeutet, hat aufs neue auch die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Ihre Stellungnahme kommt in folgendem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck:

„Der Gewerkschaftskongreß hat mit tiefem Abcheu die Gewißheit erfahren, daß der Reichsminister des Außern, Rathenau, das Opfer eines elenden Mordmordes geworden ist. Der Kongreß erblickt in diesem Attentat einen neuen, planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, deren Reform er seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongreß spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern er fordert von der Reichsregierung nun wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solchen verbrecherischen Mitteln der Gewalt arbeitenden Feinde der Republik. Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiter und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongreß die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbsterziehung und ihrem politischen Streik abzulassen, und einmütig alle Kräfte zum Niederkämpfen der Reaktion zusammenzufassen.

Der Kongreß empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen eindrucksvoll zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstagmorgen (27. Juni) unter Veranstaltung machtvoller öffentlicher Kundgebungen.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Afa-Bund und den 8 sozialistischen Parteien wirksame Maßregeln vorzubereiten, deren Ziel sein muß die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff, durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter, einschließlich der Richterstellen, von Elementen, die sich nicht rücksichtslos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen. Der Kongreß erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzutreten.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Verbandsatzungen.

Die neuen Verbandsatzungen werden allen Zahlstellen mit dem „Zimmerer“ Nr. 27 zugesandt. Jede Zahlstelle erhält sowohl Exemulare, wie sie „Zimmerer“ bekommt. Die Satzungen sind den Zahlstellenassessoren auszuhändigen, die die Verteilung an die Mitglieder vornehmen.

Eintrittsgeld und Beitragsleistung.

Mit dem 2. Juli, der 27. Beitragswoche, treten die neuen, auf dem 22. Verbandstag in Wernigerode beschlossenen Verbandsatzungen in Kraft. Von diesem Tage an sind die neuen Eintritts- und Mitgliedsbeiträge zu erheben. Alte Eintritts- und Beitragsmarken dürfen nicht mehr verwendet werden. Diese sind umgehend und restlos an die Zentralkasse zurückzugeben. Für Eintrittsgeld und Mitgliedsbeiträge gelten nunmehr folgende Bestimmungen der neuen Satzungen:

Eintrittsgeld.

§ 5.

Jedes neubeitretende Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 5 M, Beherlinge von 2 M, zu entrichten; es erhält darauf sein Mitgliedsbuch. Mitglieder, die wegen Schulden geistlichen oder auf Grund des § 22 Ziffer 3 und 4 der Satzungen ausgeschlossen wurden, haben bei ihrer Wiederaufnahme ein Eintrittsgeld von 15 M zu entrichten.

Beherlinge im Zimmerergewerbe, die bereits in einer Beherlingsgruppe organisiert waren, sind vom Eintrittsgeld befreit; diesen wird die bisherige Mitgliedschaft in der Beherlingsgruppe angerechnet.

Für den Ersatz verlorengegangener oder unbrauchbar gewordener Mitgliedsbücher (Duplikate) sind 5 M zu zahlen.

Mitgliedsbeiträge.

§ 6.

1. Der Mitgliedsbeitrag richtet sich nach dem Stundenlohn und wird für jede Woche erhoben. Er besteht aus einem Beitrag für die Zentralkasse und einem für die Lokalkasse. Die Zahlstellen haben das Recht, zu ihrem Anteil noch besondere Zuschläge zu beschließen und in der Einheitsmarke mitzuerheben.

2. Arbeitslose und Kranke (erwerbsunfähige) Mitglieder zahlen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und Krankheit, wenn sie länger als eine Woche dauert, einen geringeren wöchentlichen Beitrag für die Zentralkasse.

3. Der Wochenbeitrag regelt sich nach folgender Staffel:

Stundenlohn	Für die Zentralkasse	Für die Lokalkasse	Erwerbslohnbeitrag
1. Beitragsskl. bis 11,—	7,50	2,50	8,—
2. " von 11,01 " 13,—	9,—	3,—	8,60
3. " " 13,01 " 15,—	10,50	3,50	4,20
4. " " 15,01 " 17,—	12,—	4,—	4,80
5. " " 17,01 " 19,—	13,50	4,50	5,40
6. " " 19,01 " 21,—	15,—	5,—	6,—
7. " " 21,01 " 23,—	16,50	5,50	6,60
8. " " 23,01 " 25,—	18,—	6,—	7,20
9. " " 25,01 " 27,—	19,50	6,50	7,80
10. " " 27,01 " 29,—	21,—	7,—	8,40
11. " " 29,01 " 31,—	22,50	7,50	9,—
12. " " 31,01 " 33,—	24,—	8,—	9,60

4. Bei Veränderung der Stundenlöhne über den Rahmen dieser Staffel hinaus wird durch Einrichtung weiterer Beitragsklassen die Staffel in dem gleichen Verhältnis ergänzt.

5. Es sollen nach Möglichkeit nur 12 Beitragsklassen im Verbands Geltung haben. Der Zentralvorstand hat das Recht, nach dem Stande der Stundenlöhne Beitragsklassen für ungültig zu erklären und die betreffenden Beitragsmarken einzuziehen. Die Aufhebung von Beitragsklassen hat am Beginn eines Vierteljahres zu erfolgen und ist vorher im „Zimmerer“ bekanntzugeben.

6. Lehrlinge, die nach der Entlassung aus der Schule in die Lehre getreten sind, zahlen einen wöchentlichen Beitrag.

Jm 1. Lehrjahre	Für die Zentralkasse	Für die Lokalkasse
..... 1,60 M.	—,40 M.	—,60 M.
..... 2,40 "	—,60 "	—,80 "
..... 3,20 "	—,80 "	—,1,—
..... 4,— "	—,1,— "	—,1,— "

7. Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge, die im späteren Lebensalter in die Lehre getreten sind, zahlen Beiträge ihrem Verdienste entsprechend nach Absatz 3.

8. Grundsätzlich dürfen in einer Zahlstelle für in ein und demselben Lohngebiet beschäftigte Mitglieder nur Beitragsmarken einer Beitragsklasse geklebt werden. Notwendige Abweichungen hiervon, zum Beispiel für in berufs-fremden Betrieben beschäftigte oder erwerbsbeschränkte Mitglieder, bedürfen der Genehmigung durch den Zentralvorstand.

9. Bei Lohnerhöhungen, die den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse zur Folge haben, sind die höheren Beiträge spätestens vom Beginn des auf die Lohnerhöhung folgenden Quartals zu entrichten.

10. Ist jedoch bei Abschluß einer Lohnbewegung noch eine Lohnerhöhung für einen späteren Termin vereinbart, so ist der höhere Beitrag sofort nach Eintritt der Lohnerhöhung zu entrichten.

11. Eintrittsgelder wie auch Beiträge werden nur durch Marken quittiert.

12. Die Verbandszahlstellen haben das Recht, für die in ihrem Zahlstellengebiet beschäftigten Verbandsmitglieder und für ihre Zahlstellenmitglieder überhaupt noch andere obligatorische Beiträge zu beschließen.

Lehrlinge, für die die obigen Lehrlingsbeiträge gelten, sind auf Beschluß des Zentralvorstandes für die Dauer der Erwerbslosigkeit beitragsfrei. Während dieser beitragsfreien Zeit ruhen die Rechte dieser Lehrlinge. Die beitragsfreien Wochen sind in der Mitgliedskarte oder im Mitgliedsbuch durch Beitragsmarkenwertungsstempel und schriftlichen Vermerk: „Beitragsfrei wegen Erwerbslosigkeit“, kenntlich zu machen. Zahlstellen, die bisher die neuen Beitragsmarken nicht bestellten, werden dringend ersucht, diese Bestellungen umgehend aufzugeben.

Die Woche vom	2. Juli bis	8. Juli ist die	27. Beitragswoche
" " " 9. " " 15. " " " 28. " "	" " " 16. " " 22. " " " 29. " "	" " " 23. " " 29. " " " 30. " "	" " " " " " " " " " " " "

Satzungen für die Unterstützungskasse.

Jede Zahlstelle erhält ein Exemplar der Satzungen für die Unterstützungskasse bei Zusendung von neuen Beitragsmarken.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergessens gegen § 22 Ziffer 3 der Verbandsatzungen wurde in Listet Hermann Kröhnert (Buchnummer 831 708) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Erhöhte Postgebühren.

Vom 1. Juli an gelten folgende Portosätze:

- für Postkarten im Ortsverkehr 75 $\frac{1}{2}$ M, im Fernverkehr 1,50 M, für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 1 M, über 20 bis 100 g 2 M, über 100 bis 250 g 3 M;
- für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 3 M, über 20 bis 100 g 4 M, über 100 bis 250 g 5 M. (Für nicht- oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 60 $\frac{1}{2}$ nach-erhoben.)
- Die Druckfahnenkarte als besonderer Versendungsgegenstand fällt weg. Die Karten unterliegen der Gebühr für Druckfahnen bis 20 g;
- für Druckfahnen bis 20 g 50 $\frac{1}{2}$, über 20 bis 50 g 75 $\frac{1}{2}$, über 50 bis 100 g 1,50 M, über 100 bis 250 g 3 M, über 250 bis 500 g 4 M, über 500 g bis 1 kg 5 M;
- für Geschäftspapiere bis 250 g 3 M, über 250 bis 500 g 4 M, über 500 g bis 1 kg 5 M;
- für Pakete bis 1 kg 6 M;
- für Pakete bis 5 kg Nahzone 7 M, Fernzone 14 M, über 5 bis 7 $\frac{1}{2}$ kg Nahzone 10 M, Fernzone 20 M, über 7 $\frac{1}{2}$ bis 10 kg Nahzone 15 M, Fernzone 30 M, über 10 bis 15 kg Nahzone 20 M, Fernzone 40 M, über 15 bis 20 kg Nahzone 25 M, Fernzone 50 M. (Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungspakete — bis 5 kg in der Nahzone kosten 3 M.);
- für Postanweisungen bis 100 M 2 M, über 100 bis 250 M 3 M, über 250 bis 500 M 4 M, über 500 bis 1000 M 5 M, über 1000 bis 1500 M 6 M, über 1500 bis 2000 M 7 M;

für die **Gilbestellung** sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M, für ein Paket 6 M, für eine Briefsendung nach dem Landbestellbezirk 9 M, für ein Paket 12 M;

für **Zahlkarten** bis 100 M einschließlich 75 $\frac{1}{2}$, über 100 bis 500 M einschließlich 1,50 M, über 500 bis 1000 M einschließlich 3 M, über 1000 bis 2000 M einschließlich 4 M, über 2000 bis 5000 M einschließlich 5 M, über 5000 M 6 M, für Kassenscheine, die bargeldlos beglichen werden, ein Fünftel vom Tausend des Scheckbetrages (wie bisher), für Vorauszahlungen mit Postcheck 1 vom Tausend des Scheckbetrages; für **gewöhnliche Telegramme** für jedes Wort 1,50 M, mindestens 15 M, im **Ortsverkehr** jedoch 1 M für jedes Wort, mindestens 10 M.

Um **Strasporto** zu vermeiden, wird um genaueste Beachtung der neuen Sätze ersucht. **Der Zentralvorstand.**

Kassengeschäftliches.

Die **Abrechnung** für das 2. Quartal ist vorzubereiten, und zwar ist das 2. Quartal abzuschließen am 1. Juli. Die Abrechnung mit samt den restlichen Zentralfondsbeiträgen und etwaigen der Zentralkasse anzurechnenden Ausgabebelegen müssen bis spätestens 15. Juli bei der Zentrale eingelaufen sein.

Unter keinen Umständen darf versäumt werden, dem **Kassenabschluss** auch die Mitglieder-Beitragsliste beizufügen, da das eine ohne das andere als vollständige Abrechnung nicht anerkannt werden kann. Ebenso sind die am Orte nicht mehr verwendbaren Marken umgehend zurückzuführen.

Der **Ertragsbeitrag** zum Zwecke der Unterstützung des bereits beendeten Kampfes der Metallarbeiter Süddeutschlands ist noch nicht von allen Zahlstellen voll abgeführt worden. Wir ersuchen daher, das Versäumte umgehend nachzuholen. Ueber die eingesandten Beträge wird im „Zimmerer“ besonders quittiert. **Adolf Römer, Kassierer.**

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Angermünde, Bleicherode, Burgstädt (Platzstreiks), Chemnitz (Platzstreiks), Danzig, Düsseldorf (Platzstreiks), Großbodungen, Landau a. d. Isar, Leipzig (Platzstreiks), Lychen, Neuhaus a. d. Elbe, Plauen i. V., Schneidemühl, Stolp, Straßburg i. d. Uckermark, Tambach und Wismar.

Gesperrt sind in Elmshorn die Firma Böhmke, in Heidelberg die Firma Feld & Franke und in Pasewalk die Firma Götsch.

Zu neuen zentralen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe hat der Reichsarbeitsminister auf Dienstag, den 4. Juli, in das Reichsarbeitsministerium, Berlin, eingeladen.

Streik der Platzarbeiter in Köln. Die Platzarbeiter sind wegen Ablehnung ihrer Forderung, der Erhöhung des Stundenlohnes von 13,50 M auf 18 M, in den Streik getreten. Die Zimmerer erhalten die Stunde 22,10 M.

Streik in Neuhaus a. d. E. Zimmerer und Sägereiarbeiter sind in den Streik getreten. Sie fordern eine Steigerung des Stundenlohnes von 24 auf 27 M für Zimmerer und für Sägereiarbeiter von 18 auf 23 M.

Streik in Bleicherode. Die Unternehmer weigern sich, den am 3. Juni für die Provinz Sachsen geäußerten Schiedsspruch anzuerkennen. Die Lohnerhöhung würde für Bleicherode 4 M betragen. Zur Durchführung des Schiedsspruches haben unsere Kameraden die Arbeit niedergelegt.

Platzstreiks in Düsseldorf. Der Schiedsspruch für das Rheinland brachte für Düsseldorf eine Erhöhung des Lohnes von 29,50 auf 33 M. Die Zahlstelle ermäßigte ihre alte Forderung von 40 M Stundenlohn auf 36 M. Diese Forderung haben 10 Zimmermeister, die die größte Anzahl Zimmerer beschäftigen, anerkannt, während einige Firmen sich weigerten. Bei letzteren haben die Zimmerer die Arbeit eingestellt.

Arbeitseinstellung in Großbodungen. Unsere Kameraden haben die Arbeit niedergelegt, da sich die Unternehmer weigern, den für die Provinz Sachsen am 3. Juni gefällten Schiedsspruch anzuerkennen.

Beendigung des Streiks in Holzhausen-Byrmont. Die bezirklichen Verhandlungen für die Provinz Hannover brachten eine Lohnsteigerung von 4 M die Stunde für den Monat April. Der Lohn sollte 18 M betragen. Verlangt wurden aber 20 M, und weil die Unternehmer am Orte kein weiteres Entgegenkommen zeigten, wurde am 19. April die Arbeit eingestellt. Die weiteren bezirklichen Verhandlungen für die Provinz Hannover brachten für den Monat Mai eine Lohnsteigerung von 4 M und für Juni von 3 M die Stunde. Danach hätte dann der Lohn für Holzhausen die Stunde 25 M betragen müssen. Die Zahlstelle hatte alle diese bezirklichen Verhandlungsergebnisse aus dem Grunde abgelehnt, um einen um 2 M höheren Stundenlohn zu erreichen. Am 17. Juni ist dann auf Antrag der Unternehmer zur Beilegung des Streiks in Hannover vereinbart worden. Es wurde ein Lohn von 28,30 M vereinbart. Dieser Lohn setzt sich zusammen aus 25,50 M Stundenlohn, 50 $\frac{1}{2}$ Wäderzulage und 30 $\frac{1}{2}$ Werkzeugzulage. Die Arbeit ist am 20. Juni aufgenommen worden.

Vereinbarung für Cüstrin. In örtlichen Verhandlungen wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 22 auf 25 M vom 16. Juni an erreicht.

Schiedsspruch für Deutsch-Krone. Der Schlichtungsausschuß in Schneidemühl fällt am 9. Juni einen Schiedsspruch. Danach steigt der Stundenlohn vom 1. Juni an auf 20 M, das ist eine Erhöhung um 2 M die Stunde.

Vertliche Vereinbarung in Boizenburg. Verhandlungen mit den Unternehmern zeitigten für Zimmerer ein befriedigendes Ergebnis. Es wurde für Zimmerer ein Stundenlohn von 27 M, 4 M mehr als in der ersten Lohnklasse für Mecklenburg tariflich festgelegt ist, vereinbart; für die Sägereiarbeiter sind 22 M erreicht worden.

Vereinbarung in Sagan. In örtlichen Verhandlungen in Sagan wurde der Stundenlohn vom 1. Juni an für Sagan auf 25 M, für Burau auf 25 M und für Sprottau auf 24,80 M und die Entschädigung für Werkzeug auf 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgelegt. Ferner wurde protokolllarisch festgelegt, daß am 1. Juli der Unterschied zwischen Sagan und Böhlich zur Hälfte ausgeglichen wird.

Ergebnislose Verhandlungen in Berlin. In den Verhandlungen am 22. Juni lehnten die Unternehmer die von unsern Kameraden geforderte Lohnerhöhung von 8 M pro Stunde ab; sie wünschten, daß das Bezirkslohnamt darüber entscheiden soll. Infolge dieser Haltung sind Differenzen nicht ausgeschlossen. Das mögen sich besonders diejenigen Kameraden merken, die beabsichtigen, nach Berlin zu reisen.

Lohnregelungsvorschlag für Brandenburg. Zur Regelung der Lohnfrage für die Provinz Brandenburg machte der Arbeitgeberverband folgenden Vorschlag, da mündliche Verhandlungen seiner Meinung nach diesmal unterbleiben sollen:

1. Die in den einzelnen Vertragsgebieten mit Bundesverträgen am 15. Juni bestehenden Löhne für Maurer und Zimmerer werden mit Beginn der ersten Lohnwoche im Monat Juli um 10 % erhöht. Die durch die Prozentrechnung sich ergebenden Pfennigbeträge werden nach oben abgerundet.
 2. Die Bauhilfsarbeiter erhalten die gleichen Zulagen, die sich aus der Berechnung der Facharbeiterlöhne ergeben, so daß die bisherigen Unterschiede im Lohn sich nicht verändern.
 3. Die bis Ende Juni verlängerten Verträge werden erneut auf einen Monat verlängert.
- Den Organisationen ist dieser Vorschlag zur Beschlussfassung unterbreitet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Hier fanden am 23. und 29. Mai 2 Zahlstellen-berjammlungen statt, die in der Hauptsache folgende Tagesordnung zu erledigen hatten: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1922. 2. Erledigung gestellter Anträge. 3. Bekanntmachungen des Vorstandes. 4. Stellungnahme und Beschlussfassung über die am 23. Mai stattgefundene Lohnverhandlung. 5. Bericht vom 22. Verbandstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Berjammlung das Andenken von neun verstorbenen Kameraden: Hermann Glaser, Karl Anton, Georg Wolter, Ernst Kurths, Johann Neuber, August Pichowski, Ernst Weigt, Karl Dienert und Heinrich Timme. Zur Abrechnung vom ersten Quartal 1922 berichtete Kamerad Paul Großmann als Revisor kurz, daß außer einigen kleinen Markenfehlern sonst alles in Ordnung sei, worauf dem Kameraden Paul Riehn, der bis dahin die Geschäfte des ersten Kassierers, Kameraden Wellow, innehatte, Entlastung erteilt wurde. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Erledigung gestellter Anträge, wurde ein Antrag des Bezirks 36, die Sitzungsentchädigung für Konferenzen, Zahlstellenberjammlungen usw. von 4 auf 10 M zu erhöhen, mit Majorität angenommen. Weiter wurde bekanntgegeben, daß sich die 3 wegen Streibruchs ausgeschlossenen Kameraden Schrant, Albrecht und Worm um Wiederaufnahme in die Organisation an den Hauptvorstand gewandt haben mit der Erklärung, daß sie ihr Verhalten und Betragen während des letzten Streiks bedauern, aber in Zukunft rechtschaffene Kameraden des Verbandes sein wollen. Nach längerer Debatte hierüber entschied die Zahlstellenberjammlung mit Majorität, die Wiederaufnahme der 3 Kameraden beim Hauptvorstand zu befürworten, jedoch mit der Maßnahme, in solchen Fällen die lokale Eintrittsmarke von 3 auf 60 M zu erhöhen. Eine Anfrage des Kameraden Golze im Auftrage seines Bezirks, weshalb der Kamerad Paul Riehn nicht mehr die Geschäfte des immer noch kranken ersten Kassierers Kameraden Wellow weiterführt, wurde vom Kameraden Schöninger als Revisor und vom Kameraden Reppschläger dahingehend beantwortet, daß für diesen verantwortungsvollen Posten der zweite Kassierer, Kamerad Hein, die geeignetere Kraft sei und an dessen Stelle der Kamerad Alfred Schulz provisorisch die Geschäfte des zweiten Kassierers auf Wunsch des Vorstandes übernimmt, der die Fähigkeit dazu besitzt. Weiter wurde bekanntgegeben, daß am 19. August unser diesjähriges Stiftungsfest in den Gesamtträumen der Brauerei Friedrichshain stattfindet, zu dessen gutem Gelingen jeder Kamerad sein Teil beitragen möge. Zum vierten Punkt der Tagesordnung, Lohnrevision, erstattete Kamerad Reppschläger ausführlichen Bericht. Hier wie bei allen früheren Lohnverhandlungen zeigte sich wieder dasselbe Bild, indem die Unternehmer die von den 4 Arbeiterorganisationen gemeinsam aufgestellte Forderung von 35 M pro Stunde als indiskutabel ablehnten und auch eine gründliche Revision der Fahr- und Laufzeit wünschten. Nach vielstündigem Verhandeln wurden zuletzt zwei Angebote gemacht, und zwar erstens unter Beibehaltung der vollen Fahr- und Laufzeit ein Stundenlohn von 30 M; als zweites Angebot 32 M Stundenlohn, aber eine Herabsetzung der Fahr- und Laufzeit um 50 %. Nach längerer, sehr lebhafter Aussprache hierüber wurde das letzte Angebot, das vom Vorstand und von der Schlichtungskommission zur Annahme empfohlen wurde, gegen eine starke Minderheit angenommen. Danach beträgt der Lohn für Zimmerer, Maurer usw. 32 M, und für Angelernte 31 M pro Stunde, zahlbar vom 1. Juni an. Auch in bezug der Lehrlingslöhne sei den Unternehmern vor Augen gehalten worden, daß es geradezu als standalös bezeichnet werden müsse, in einer Großstadt wie Berlin die Lehrlinge mit derartig niedrigen Löhnen abzuspeisen, es sei endlich allerhöchste Zeit, daß hierin etwas getan werde, da es ganz unmöglich sei, bei diesen geringen Löhnen für genügende Heranbildung von Arbeitskräften für das Baugewerbe Sorge zu tragen. Die Unternehmer mußten dies zugeben und haben nichts dagegen, daß sich der Gesellensauschuß mit der Innung in Verbindung setzt, um zu den Lehrlingslöhnen Stellung zu nehmen. Den Bericht über die Verhandlungen des 22. Verbandstages erstatteten die Kameraden Voigt und Klante. Kamerad Voigt gab nur kurz einen allgemeinen Ueberblick, dagegen erstattete Kamerad Klante

in einstündigem Referat ausführlich Bericht über alle für die Kameraden wichtigen Punkte. Kamerad Neßpläger teilte mit, daß der Zahlstelle Berlin das bisherige Recht, die Mitglieder zum Verbandsauschluß, außer dem Vorsitzenden, zu wählen, auf dem Verbandstage genommen sei. Dies bedeute eine Degradierung der Kameraden der Zahlstelle Berlin zu Mitgliedern zweiter Klasse und sei nur auf die einseitige Information des Verbandstages zurückzuführen. Als Protest gegen derartige Maßnahmen empfiehlt er folgende Resolution zur Annahme: „Die am 29. Mai in den „Muffertälchen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, tagende Zahlstellenversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 22. Verbandstages einverstanden; jedoch erhebt die Zahlstelle Berlin Protest gegen die auf vollkommen einseitiger Information beruhende Stellungnahme des Verbandstages in bezug auf die Wahl des Ausschusses. Obwohl seit Jahren der Ausschuss, außer dem Vorsitzenden, in Berlin gewählt wurde, erklärte man dieses Mal: Der bisherige Ausschuss (bestehend aus SPD. und USPD.) müsse wieder gewählt werden; denn die Zahlstelle Berlin biete gegenwärtig nicht die Gewähr und die Garantie für ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Selbst der neue Vorsitzende, Kamerad Schönfelder, empfahl diese von Steinfeldt-Hamburg, gemachten Ausführungen und bemerkte dann noch: Nach 2 Jahren wäre es hoffentlich wieder anders, dann könne Berlin ja wieder wählen. Letzteres kann doch nur so gedeutet werden, daß die Kommunisten, die gegenwärtig Aussicht haben, gewählt zu werden, bis dahin aus dem Verbandsrat dem System Paepow ausgeschlossen werden sollen, obwohl auf dem Verbandstage von keiner Seite auch nur die geringsten Beschwerden gegen die Zahlstelle Berlin vorgebracht werden konnten. Im weiteren hält die Zahlstellenversammlung das alte System in bezug auf Ernennung von Gauleitern und Delegierten zum Gewerkschaftskongress nicht für einen Fortschritt auf dem Wege der Demokratie.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde die zweite Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Anmerkung. Vorstehende Entschliebung ist in mehreren Punkten falsch, sie enthält auch eine ganz unbegründete Verdächtigung. Ich habe nicht die von Steinfeldt, Hamburg, gemachten Ausführungen, „empfohlen“, sondern eine Behauptung von ihm, in Berlin seien die Wahlen zum Verbandstage nicht korrekt vorgenommen worden, zurückgewiesen. Allerdings mußte ich bestätigen, was auch von den Berliner Delegierten offen zugegeben wurde, daß bei andern Wahlen die Kandidaten nach Parteizugehörigkeit und Religionsbekenntnis besonders gekennzeichnet wurden. Der Verbandstag hat mir aber fast einmütig zugestimmt, als ich diese Methode als mit den Satzungen und der geistigen Verfassung unseres Verbandes nicht in Einklang befindlich bezeichnete. Ich habe aber ausdrücklich unter Hinweis auf das Flugblatt, das Neßpläger am ersten Verbandstage dem Bureau überreichte, gesagt, daß von allen Richtungen in dieser Beziehung gesündigt sei. Den entscheidenden Antrag der Dresdener Delegierten habe ich weder bekämpft noch empfohlen, sondern ihn einfach formuliert und dem Verbandstage zur Abstimmung unterbreitet. Wenn die Berliner Zahlstelle mit diesem Beschluß nicht einverstanden ist, ist es ihr gutes Recht, dagegen zu protestieren. Aber wenn meine rein sachliche Feststellung, daß durch den Beschluß die Satzungen nicht geändert würden, sondern nach 2 Jahren der Verbandstag wieder anders entscheiden könne, so gedeutet wird, bis dahin würden wohl die Kommunisten aus dem Verbandsrat ausgeschlossen werden, dann ist das eine so haltlose Verdächtigung, die weder in der bisherigen Tätigkeit des Zentralvorstandes noch im Verlauf des Verbandstages eine Begründung findet. Es genügt wohl, diese Art des Meinungskampfes vor dem Verbandsrat zu kennzeichnen als die Methode, die zu Zuständen führen kann, von denen wir in unserem Verbandsrat bisher glücklicherweise verschont blieben. — Die letzte Bemerkung von der „Ernennung“ von Gauleitern und Delegierten belehrt jeden, der die Beschlüsse darüber im Bericht vom Verbandstage gelesen hat, wie „einseitig“ die Information war, die zur Annahme obiger Entschliebung geführt hat.

Liegnitz. Am 7. Juni fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht vom Verbandstag und führte aus, daß die Kameraden des kleinen Ortes Wertmüde dem Verbandstag einen feindlichen Empfang bereitet haben. Er streifte kurz die Berichte des Zentralvorstandes, der Redaktion und des Verbandsausschusses und behandelte im weiteren die Beitrags- und Unterstützungsfragen, die Tarifbewegung, die Stellungnahme zum Baugewerksbund und die Sozialisierung des Baugewerbes. Die Tagung habe nach sechsstägiger Dauer einen guten Abschluß gefunden. Hierauf gab Kamerad Böbel den Bericht von den Lohnverhandlungen am 2. Juni in Breslau. Unsere Vertreter hätten eine Forderung von 10 M pro Stunde gestellt, sie aber, als die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machten, auf 6 M ermäßigt. Aber auch nach Ermäßigung der Forderung zeigten die Unternehmer keine Neigung, sie zu bewilligen. Die Parteien hätten sich deshalb verständigt, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abzuwarten. Der am 3. Juni gefällte Schiedspruch lautete für alle Orte Schließens auf 17 % Erhöhung. Das ergebe für Liegnitz einen Stundenlohn von 26,40 M einschließlich 30 S Werkzeuggulage. Die Auszahlung erhöhe sich auf 16,50 M pro Tag. Der Schiedspruch wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Magdeburg. Am 8. Juni fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Kameraden Noack und Weber opponierten gegen die Zusammenstellung der Tagesordnung. Der gesamte Vorstand hielt hingegen aus rein sachlichen und Zweckmäßigkeitsgründen an der Tagesordnung fest. Nach Erledigung wichtiger geschäftlicher Mitteilungen gab Kamerad Rogge den Bericht vom 22. Verbandstag. Mit dem Ergebnis des Verbandstages war die Versammlung im allgemeinen einverstanden. Ebenso fand die neue Beitragsregelung Zustimmung. Die Lohnzulage, die vom Lohnamt in Halle für den Monat Juni durch Schiedspruch auf 4 M festgesetzt ist, löste viel Unwillen aus. Unsere Kameraden sind der Meinung, daß

diese Zulage keinen Ausgleich für die inzwischen eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung darstellt. Der Schiedspruch wurde gegen eine große Minorität angenommen. Bei der Besprechung des Punktes „Verbandsangelegenheiten“ wurden 2 Kameraden, die Affordarbeiten ausgeführt hatten, von der Versammlung sehr scharf beurteilt. Die Versammlung beschloß einmütig, jede Affordarbeit und jede geforderte Ueberstunde abzulehnen. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten interner Natur und einem Hinweis, auf allen Zimmerplätzen Platzdelegierte zu wählen und eine schärfere Bücherkontrolle zu üben, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Rathenow. In der Mitgliederversammlung am 1. Juni erstattete der Vorsitzende Bericht von der Lohnverhandlung. Er betonte, daß das Bezirkslohnamt diesmal außerordentlich schnell zusammentrat; auch die Verhandlung ging schnell vorstatten. Der Schiedspruch lautete auf 5 M. Der Stundenlohn würde dadurch sich mit dem Gehirgeld auf 26,15 M erhöht haben. Da die von uns gestellte Forderung von 30 M Stundenlohn nicht erfüllt war, lehnte der Vorsitzende den Schiedspruch bereits in der Verhandlung ab. Er stellte nunmehr der Versammlung anheim, selbst darüber zu entscheiden. Die Diskussion war sehr erregt, die Mehrzahl der Redner sprach für Ablehnung. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, nochmals an die Unternehmer zu schreiben, um in örtlichen Verhandlungen eine höhere Zulage zu erzielen. Zur weiteren Stellungnahme wurde für den 6. Juni eine Versammlung festgesetzt.

Die Versammlung am 6. Juni beschäftigte sich mit der Antwort der Unternehmer. Sie lautete ablehnend. Da die Abmachungen in Berlin im Beisein der Gauleiter beider Parteien getroffen sind und der Vorsitzende der Unternehmer, Rüdiger von Rathenow, schon über sein Können hinausgegangen sei, da für Rathenow 22 % in Frage kommen, könnten weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden. Infolge dieser Ablehnung unserer Forderung wurde einstimmig der Streik beschlossen.

Am 10. Juni fand die erste Streikversammlung statt. Vom Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß die Firma Wobke die Entlassungsscheine unserer Kameraden mit dem Vermerk verseehe: „Die Entlassung erfolgt wegen Streiks und Lohnbifferenzen.“ Ein solcher Vermerk ist gesetzlich unzulässig. Mit der Firma Wobke werde man diesbezüglich gelegentlich abrechnen. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß sich alle hiesigen sowie zureisenden Kameraden, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden der Zahlstelle zu melden haben. Weiter wurde noch über die Fertigstellung der Arbeiten der Lungenheilstätte gesprochen und ebenfalls über die Arbeiten am Neubau der Hohen Brücke. Zwei Kameraden, die bei der Stadt beschäftigt sind und dem Staats- und Gemeindefacharbeiterverband angehören, sind von der Stadt aufgefordert worden, diese Arbeiten zu Ende zu führen; sie haben das aber verweigert, solange die Stadt die Forderungen nicht bewilligt. Am Schlusse der Versammlung wurden noch interne Angelegenheiten erledigt.

Zwickau. Am 31. Mai tagte im „Brauereischloß“ unsere Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Verhandlungen in Dresden. Die Unternehmer wollten keine große Lohnerhöhung; sie stützten sich auf die staatlichen Feststellungen des Lebensmittellamtes in Dresden, wonach im Mai nur eine Steigerung der Lebensmittelpreise von 7 % zu verzeichnen sei. Endlich machten die Unternehmer einen Vorschlag von 3,15 M die Stunde. Dieser Vorschlag wurde jedoch von unsern Vertretern glatt abgelehnt. Danach trat das Bezirkslohnamt in Tätigkeit, fällte einen Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von 4,50 M die Stunde vorsah. Nach längerer Aussprache wurde empfohlen, dem Schiedspruch zuzustimmen, was mit 60 gegen 58 Stimmen geschah. Im weiteren wurde vom Vorstande vorgeschlagen, den Beitrag auf 22 M bis zum Inkrafttreten der vom Verbandsvorstand beschlossenen Beiträge festzusetzen. Die Kameraden hatten aber eine andere Meinung; für Stärkung der Kasse waren sie nicht zu haben. Ja, verschiedene drohten, aus dem Verbandsrat auszutreten und zur Union überzutreten zu wollen, da dort die Beiträge geringer seien. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit; das Los entschied dann gegen die Erhöhung. Anschließend wurden in die Jugendorganisation die Kameraden Reichenbach, Wagner und Weidauer gewählt. Der Kassierer gab dann noch Aufschluß über die am 2. Juli in Kraft tretende Beitragserhöhung. Hierauf wurden noch einige kleine Anfragen erledigt.

Briefkasten der Redaktion.

Berichte aus den Zahlstellen mußte eine große Anzahl zurückgestellt werden. Sie werden sämtlich in der nächsten Nummer veröffentlicht.

Versammlungsanzeiger.

- Montag, den 3. Juli:**
Duisburg-Homburg-Mörs: Nachm. 5 Uhr im „Zentralhof“ zu Homburg.
Dienstag, den 4. Juli:
Wittersfeld: Nachm. 4 1/2 Uhr im „Gesellschaftshaus“. —
Duisburg: Abends 7 Uhr bei Menke, Klosterstraße. —
Grünberg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Grünberg. Im „Schleßlichen Hof“. — **Salberstadt:** Abends 7 Uhr im „Goldenen Unter“, Kornstraße. —
Tungenau. — **Tschöe:** In der Herberge, Am Markt. —
Kaugensalza: Abends 5 Uhr im „Unteren Felsenkeller“. —
Neustadt a. d. Orla: Nachm. 5 Uhr im „Waldschlößchen“. —
Sommerfeld: Gleich nach Feierabend bei Martin, Burgstraße. — **Spremberg:** Bei Lilmel, Pfortenstr. 14. —
Wilsdorf: Abends 7 1/2 Uhr bei F. Feldmann, Deichstraße.
Mittwoch, den 5. Juli:
Aschersleben: Bei Albert Friede, Gasthaus „Zum Adler“, hinter dem Zoll 1. — **Duisburg-Ruhrort:**

- Meiderich:** Abends 7 Uhr bei Westfal, Kaiserstraße. —
Gisleben: Abends 8 Uhr im „Volkshaus“. — **Frankfurt a. d. Oder:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — **Guben:** Abends 6 Uhr in der „Reichshalle“. —
Neutwied: Abends 7 Uhr im Lokale von Witz, Marktstraße. —
Nordhorn i. Hann.: In der Wirtschaft Westenberg. —
Rosslau: Nach Feierabend in der „Goldenen Krone“. —
Wisnar: Abends 7 1/2 Uhr in der „Gansa“.

Donnerstag, den 6. Juli:

Neutwied, Bezirk Sönnigen: Nach Feierabend bei Witwe Jakob Schiffermann, Sönninger Hauptstraße.

Freitag, den 7. Juli:

- Allstedt:** Nachm. 5 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. —
Bogum: Abends 6 1/2 Uhr bei Gust. Janzen, Martenstraße. —
Duisburg, Bez. Pamborn: Abends 7 Uhr bei Freundlieb, Am Hindenburgplatz. — **Dufum:** Abends 8 Uhr bei Otto Greve, Silberstraße. — **Kulmbach:** Bei Heisinger, Grabenstraße. — **Welbert:** Abends 6 1/2 Uhr bei Heimhaus, „Schützenhaus“, Friedrichstraße. — **Welten:** Abends 8 Uhr bei H. Paris. — **Wittenberge:** Abends 7 Uhr bei Gastwirt Möllmann, Friedrichstr. 9.

Sonntag, den 8. Juli:

- Berburg:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Erben: Gleich nach Feierabend in der Ludwigshalle. —
Dölich: Abends 7 Uhr im Gasthof von Martin Weg. —
Leer i. Ostf.: Abends 7 1/2 Uhr bei H. Fischer, Wörbe. —
Lützen. — **Münster i. Westf.:** Abends 8 Uhr bei August Brinkmann, Krummer Zimpen 29/30. — **Neubrandenburg:** Abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus“. — **Oranienburg:** Abends 8 Uhr bei Seeger, Mühlenstraße. —
Schöwin: Abends 7 1/2 Uhr bei Slomian, Großer Moor. —
Strehlen: Nach Feierabend bei Gastwirt Friedemann. —
Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“. — **Trier:** Abends 6 1/2 Uhr „Zu den zwei Löwen“, Jüdemer Straße. —
Waren: Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.

Samstag, den 9. Juli:

- Nachen:** Vorm. 11 Uhr im Lokal von Rüd. Rudolfstr. 44. —
Gaumer: Nachmittags 3 Uhr bei Gastwirt Bloß. —
Dren, Bez. Jülich: Nachm. 2 Uhr im Lokal von Hardy. —
Oberrhausen: Nachm. 3 Uhr im „Jägertrug“, bei August Reune. — **Essen:** Vorm. 10 Uhr in „Stadt Ebersfeld“, Steeler Straße, Ecke Postallee. — **Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid:** Vorm. 10 Uhr bei Gruza, Ecke Elisabeth- und Johannesstraße. — **Hagen i. W.:** Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder- und Bergstraße. —
Hamm: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Braun, Feldstr. 81, Gewerkschaftshaus. — **Sönnigen:** Bei Schröder.

Dienstag, den 11. Juli:

Riel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 14. Juli:

Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Anzeigen.

Zahlstelle Darmstadt und Umgebung.
 Fremde Zimmerer die im Spätsommer 1918 in Zürich gearbeitet haben, werden zwecks wichtiger Aussagen ersucht, ihre Adresse umgehend am L. Wolf, Darmstadt, Beßungerg Straße 70, einzufenden. Porto wird vergütet.

Gesucht mehrere Zimmergesellen
 M. Voss, Zimmermeister, Schenefeld b. Tschöe.

4 Zimmerer stellt sofort ein
 Wlose & Petersen, Baugeschäft, Lützenburg i. Polst.

Gesucht werden sofort 20 Zimmerer.
 Gezahlt wird der tarifmäß. Lohn + 2 M. Auslösung. Unterkunft und Verpflegung am Plage vorhanden.
Vereinigte Aluminium-Werke A.-G.,
 Lautawerk i. v. Lausitz, Station Schwanitz, Sollm.-Lautawerk, Strecke Rohlfurt-Falkenberg.

8 bis 10 Zimmergesellen bei dauernder Beschäftigung stellt ein
 Canors, Baug., Hötensleben b. Sönnigen. Tarifl. 25,90 M.

4 bis 5 Zimmerleute
 bei dauernder Beschäftigung zu sofort gesucht.
 Bohm, Zimmermst., Sülze i. Mecklenburg.

Zimmerleute stellt ein
 H. Rosenkrans, Zimmermst., Neubulow i. Mecklg.

Zimmerer zu sofort gesucht.
 Otto Seegert, Neubrandenburg i. Mecklenburg.

Die Herberge der fremden Zimmergesellen zu Gesehmünde
 befindet sich Grabenstr. 8 bei Fritz Tostmann.
 Die fremden Zimmergesellen zu Gesehmünde.

Der fremde **Otto Meyer** aus Straßberg b. Plauen i. S., Zimmerer zuletzt in Duisburg, wird um seine Adresse gebeten. Seine Angehörigen, Straßberg 11.

Paul Türk, geboren am 18. Dezember 1904 in Cloßewitz b. Jena, sende Deine Adresse an Deine Mutter, Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, Nachricht zu geben an **Frau Schmidt**, Jena, Mittelstr. 55, 1. Et., oder an den Vorstand der Zahlstelle Jena, Gewerkschaftshaus.